

Kommentare und Berichte

Das Ende vom Anfang einer besseren Welt?

Am 7. Dezember 1988 sprach Michail Gorbatschow das erste Mal vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen: „Das Leben zwingt uns, gewohnte Stereotype, veraltete Anschauungen abzuwerfen und sich von Illusionen zu befreien. Selbst die Vorstellungen über den Charakter und die Kriterien des Fortschritts ändern sich. Es wäre naiv zu glauben, daß die Probleme, die die Menschheit heute quälen, mit Mitteln und Methoden gelöst werden können, die früher angewendet oder als tauglich betrachtet wurden. Ja, die Menschheit hat einen Schatz an Erfahrungen in der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung unter unterschiedlichsten Bedingungen gesammelt. Doch diese Erfahrungen stammen aus Praxis und Antlitz einer Welt, die bereits Vergangenheit ist oder wird.“¹⁾

Die beiden folgenden Jahre 1989/90 haben die Welt gründlich umgekrempelt. Die Konfrontation der „Systeme“ ging mit dem demokratischen Aufbruch in Osteuropa zu Ende. Eine Konfliktkonstellation verschwand, die Denken und Handeln von mehreren hundert Millionen Menschen über mehr als vierzig Jahre hinweg geprägt und belastet hatte. Europa traf Abrüstungsvereinbarungen, verständigte sich in der Pariser Charta auf innergesellschaftliche und zwischenstaatliche Umgangsformen. Im Zeichen des Einvernehmens machten sich die USA und die Sowjetunion langsam, aber immerhin an eine Art Schadensabwicklung in der Drit-

ten Welt: Afghanistan, Angola, Kambodscha, Nicaragua. Im gewandelten internationalen Klima erlangte Namibia seine Unabhängigkeit, begann das Ende des südafrikanischen Apartheidregimes. . .

Zwei Tage nach dem gewaltsamen Vorgehen der Sowjetarmee in Wilna und einen Tag vor dem Ablauf des an Irak gerichteten Ultimatums wirkt der flüchtige Blick auf die Habenseite der weltpolitischen Umbrüche, auf Ereignisse, die teilweise nicht einmal Monate zurückliegen, unreal — der Bericht aus einer anderen Welt.

Die internationale Politik kippt. Die Vergangenheit scheint zurückgekehrt. Und die Meßlatte dieser Diagnose bilden dabei nicht einmal die hochfliegenden Erwartungen der zurückliegenden Jubeljahre, die allenthalben gehegten Hoffnungen auf eine sanftere, freundlichere und solidarischere Welt.

II

Nach der Befreiung aus den engen Bindungen der Nachkriegsordnung werden - nach einer gewissen Karenzzeit - auch die mühselig erarbeiteten Überlebensregeln über Bord geworfen: der Primat der Kriegsverhütung und das Eskalationsverbot. Daß diese Regeln immer nur an der europäischen Zentralfront und allenfalls noch in *vitalen* Regionen galten, disqualifiziert sie nicht, im Gegenteil. Schließlich hat sich gezeigt, daß auch massive politisch-ideologische Konfrontation nicht im Selbstlauf zur gewaltsamen Austragung der Gegensätze führen muß.

Die Maxime, alles daran zu setzen, einen Krieg zu verhindern oder - sofern der 2. August der Stichtag des Kriegsbeginns ist - dessen Ausufern ins Unermeßliche zu unterbinden, gilt nichts mehr. Die Politik

1) Zit. n. „Blätter“, 2/1989.

der Entspannung, der auch hierzulande übel nachgeredet wird, ist abgewrackt, die *big stick*-Politik, die sich um Risiken nicht schert, rehabilitiert.

Unaufhaltsam treiben die USA in den Krieg gegen Irak. Alles, was in den letzten Jahren über die Nichtführbarkeit von Kriegen gelernt wurde, scheint vergessen - allein aufgrund der vagen Vermutung, daß anders als zu Zeiten des Ost-West-Gegensatzes eine horizontale und vertikale Eskalation des unmittelbaren Kriegsgeschehens bis zur gesicherten Vernichtung des Planeten ausgeschlossen sei. Die Botschaft lautet, daß der Krieg begrenzt werden kann. Nur: Wer weiß, über welche Waffen der Irak tatsächlich verfügt? Wer verbürgt die „konventionelle“ Antwort, gleich, ob von amerikanischer, israelischer oder sonstiger Seite? Kommt der Versuch der kriegerischen Abrüstung des irakischen Potentials an chemischen, vielleicht auch biologischen Waffen nicht dessen Anwendung gleich? Was spricht gegen die Annahme, daß durch einen Krieg Kuwait endgültig kaputtbefreit würde? Und was berechtigt zu der Annahme, daß zwar ein wirksamer Boykott nicht durchführbar, gleichwohl aber ein Krieg machbar sei? Etwa die in diesem Fall anstehende Delegation des Gesamtvorhabens an eine Adresse?

Die Anti-Irak-Koalition hat die Moral auf ihrer Seite. Sie reagiert auf die irakische Invasion und Annexion Kuwaits, mit Sanktionen gegen den Aggressor. Diese moralische Reputation ist im Moment des gewollten Krieges dahin. Die Empörung über die Geiselnahme des Saddam Hussein ist noch frisch. Das amerikanische Kalkül kann hier durchaus mithalten: die Menschen in Irak sind von vornherein als Opfer einkalkuliert. Gleiches gilt für jene, die die mittelbaren Folgen via *Fallout* oder durch die Zerstörung der Ozonschicht zu tragen haben. Daß sie ebenfalls den irakischen Überfall verurteilt haben mögen, zählt nicht.

Abseits der *worst case*-Szenarien: Wie sehen die Nachkriegsvorstellungen aus? Die US-Army als stationäre *peacekeeping force* — wo man schon heute auf die Unterhaltszahlungen Dritter angewiesen ist? Oder neuallte Regionalmächte als Friedensgaranten, etwa Syrien, das heute als Gegenleistung zum antiirakischen Engagement militärisch aufgepäppelt wird - wie einst der Irak gegen Iran?

All dieser Einwürfe bedarf es im Grunde genommen nicht. Sie sind bekannt. Überflüssig auch Hinweise auf die Vergangenheit der Speerspitze der „Weltgemeinschaft“, von der Schweinebucht bis zum Golf von Tonking, von My Lai über Saint George's bis Panama-Stadt. Jenseits der Diskussion um „gerechte“ Kriege, deren Verhältnismäßigkeit und Begrenzbarkeit - die Politik des US-Präsidenten hat es, gezielt oder auch nur akzidentell, vollbracht, alle Alternativen zum Krieg zu verbauen. Sind nichtgewaltsame Lösungsmöglichkeiten erst einmal auf die Wahrscheinlichkeit von Wundern zu rechtgestutzt, wird Beten an höchster Stelle zum angemessenen Bemühen.

„Intellektuelles Versagen ist auch eine moralische Angelegenheit. Politische Führer sind aufgrund ihrer Erklärung gewählt, daß sie wissen, was sie tun. In diesem Fall haben sie es nicht gewußt.“²⁾

III

Derweil rollten in Wilna eine Nacht lang die Panzer, werden die Warnungen gegen die beiden anderen baltischen Republiken lauter. Das Wechselbad von Beschwichtigung, Gesprächsangeboten, Schuldzuweisungen und Drohungen mit Wiederholbarkeit der Ereignisse geht weiter. Glasnost findet nur noch begrenzt statt.

Die Sowjetunion in ihrer gegenwärtigen Verfassung ist nicht mehr zusammenzu-

2) William Pfaff, A Just War? Yes, but Only Approximately, in: „International Herald Tribune“, 12./13. 1. 1991.

halten. Die letzten Mittel, die auch hier eingesetzt werden, beweisen die Unmöglichkeit des Unterfangens. Ohne Freiwilligkeit geht nichts mehr.

Gewiß sind die Probleme gigantisch: den Unabhängigkeitsprozeß geordnet abzuwickeln, überkommene Strukturen aufzulösen und zugleich unter demokratischen Kriterien neue aufzubauen, alles unter den Bedingungen einer weithin zusammengebrochenen Versorgung. Zu den Problemen zählt dabei auch die Entwicklungen hin zu Zwei-Klassen-Gesellschaften in den nach Unabhängigkeit strebenden Republiken - hier die einheimische, dort die zugewanderte russische Bevölkerung. Mit jeder der Aufgaben sind Panzerkommandanten überfordert.

Zwischen den Ereignissen im Baltikum und am Golf gebe es eine zeitliche, aber keine sachliche Koinzidenz, wird etwa in Bonn erklärt. Das Schlimme ist: neben allen Unterschieden besteht ein sachlicher Zusammenhang, wenn auch anders, als es das Gerede vom „Windschatten“ oder die vermeintlichen historischen Parallelen zu Suez-Krise und Ungarn-Aufstand suggerieren. In Moskau und Washington wird die Wende zum Schlechteren vollzogen.

IV

Die politischen Führungen sind mit den Umwälzungen nicht zurande gekommen. Zwischen den radikal veränderten Bedingungen, neuen Problemlagen, erweiterten Ansprüchen auf politische Teilhabe (und - man sollte daran erinnern! - neuen Chancen) einerseits und andererseits der Bereitschaft, in diesem gewandelten Umfeld nach neuen Lösungen zu suchen, hat sich eine riesige Kluft aufgetan. Ein Syndrom der Überforderung hat sich breitgemacht, das mit einem Multimix aus alten und ganz alten Vorstellungen therapiert wird, deren Kern das Vorhaben bildet, die Politik zu rezentralisieren.

Vor dem über Jahrzehnte hinweg angestauten sozialen, ökonomischen und öko-

logischen Problemwust kann - völlig unabhängig von der Geographie - die Exekutive Sternstunden feiern. Daß Politik unter der Artikulation unterschiedlicher Interessen „zerfleddert“, bildet den Hintergrund, vor dem Lösungskompetenz und Zentralisierungs„angebot“ in eins fallen. Statt findet die Entmachtung der Politik, in Varianten.

Da ist, mit vergleichsweise begrenzter Reichweite, der dezisionistische Stil der deutschen Einheitspolitik auf dem Erlaß- und Verwaltungswege³). Oder, an den jeweiligen Rechtsnormen orientiert, das (erfolgreiche) Buhlen um Vollmachten: Sonderrechte für den sowjetischen Präsidenten, in einem Land, dem demokratische Traditionen, eine artikulationserfahrene Öffentlichkeit und ein entsprechendes Institutionengefüge fehlen. Und, unter völlig konträren Bedingungen, die partielle Selbstabdankung des amerikanischen Parlaments, das, während der Präsident die Weichen in Richtung Krieg stellte, Ferien machte⁴), um anschließend die Politik der vollendeten Tatsachen durch die Abtretung des allein dem Kongreß vorbehaltenen Rechts der Kriegserklärung an den Präsidenten abzusegnen. Daß dies im Sog der Resolution des UN-Sicherheitsrates geschah, zeigt, wie sich die wechselseitigen Ermächtigungen nach unten fortsetzen, ohne daß an irgendeiner Stelle institutionelle oder andere Bremsen ge Griffen hätten.

Der Verzicht auf *checks and balances* verengt scheinbar automatisch die Auswahl der zur Verfügung stehenden Mittel. Die unkontrollierte (oder sich unkontrolliert wahnende) Autorität exekutiert ihre Entscheidungen autoritär, gegebenenfalls

3) Vgl. Gerhard Lehmbuch, Die improvisierte Vereinigung: Die Dritte deutsche Republik, in: „Leviathan“, 4/1990.

4) Am 8. November 1990 verkündete US-Präsident Bush den Beschluß, die US-Truppen am Golf um 150 000 Mann aufzustocken. Zur Bedeutung dieser Entscheidung siehe das im vorliegenden Heft dokumentierte Forum der Hessischen Stiftung für Friedens- und Konfliktforschung.

mittels Fallschirmjägern und Luftlandetruppen. Den von einschlägiger Seite notorisch beklagten Zustand, daß „der Zusammenhang von Macht und Diplomatie weithin unverstanden ist“, weil „auch die letzten Versuche, einen Konflikt unter Einsatz militärischer Mittel zu entscheiden, ‚politisch‘“ seien⁵⁾, versuchten Eliten hüben wie drüben abzarbeiten.

Wechselseitiges Wegsehen und der Verzicht auf Ein- und Widerspruch dienen in diesem System zur Selbstbestätigung. Legitimation wird als eine Art Ersatzvornahme zunehmend aus der Außenwelt eingeholt. Und die mögliche Erosion dieses Zustands veranlaßt in einem solcherart geschlossenen Begründungskreislauf höchstens dazu, die eingeschlagene Richtung mit noch mehr Nachdruck zu verfolgen: Die Vorgänge im Baltikum müssen jetzt dazu herhalten, am Golf schnell loszuschlagen, weil möglicherweise das Sicherheitsrats-Bündnis mit Moskau in Frage gestellt sei.

Auf Fragen angesichts der rigiden internationalen Reaktion nach der Annexion Kuwaits, ob Verletzungen des Völkerrechts nicht mit unterschiedlichen Ellen gemessen würden, antwortete Eduard Schewardnadse: „Es ist gut, daß wir an den jetzigen Punkt gelangt sind. Es ist gut, daß wir einen allgemeinemenschlichen Maßstab für das Gute und das Böse gefunden haben, daß wir eine Aggression beim Namen nennen und es für notwendig erachten, die Täter zu verurteilen und zu bestrafen und den Opfern der Ungeerechtigkeit zu helfen.“⁶⁾ Das ist drei Monate her. Inzwischen ist der sowjetische Außenminister mit Warnungen vor einer Diktatur in der Sowjetunion zurückgetreten⁷⁾.

V

Nach dem Ende des Kalten Krieges jetzt der heiße, nach dem Sieg der Demokratie die *Re-Monopolisierung* der Politik. (In den USA wird offen nach dem zynischen Grundsatz verfahren, daß man handeln müsse, bevor dies eine zunehmend widerwillig reagierende Bevölkerung nicht mehr zulasse.) Haben wir es mit Rückfalltättern zu tun, die im wesentlichen als re-sozialisiert galten? Personale Schuldzuweisungen nützen nichts - was wäre gewonnen, die entsprechenden Repräsentanten jetzt mit mehr oder weniger großer Begeisterung in die Ecke der *bad guys* zu stellen?

Die Politik war zeitweilig den jeweiligen Apparaten enteilt, hatte ihr „eigentliches“ Zentrum verloren. Ein weiteres Drehmoment kam hinzu, außerhalb der ansonsten mit den politischen Entscheidungen und deren Durchsetzung betrauten Institutionen. Deren Strukturen, Denk- und Handlungsklischees haben den gesellschaftlichen Aufbruch großteils unbeschadet überstanden. Dort sind die Residuen von Macht- und Machbarkeitsphantasien zu finden, auf der einen Seite zusätzlich angereichert um die Euphorie über einen angeblichen Sieg-Frieden im Kalten Krieg und den Impetus, jetzt namens und im Auftrag der Weltgemeinschaft agieren zu können.

Ohne das Beharrungsvermögen der Apparte wäre kaum verständlich, warum die Krisen da und dort in den gewohnten Bahnen und mit den bekannten Mitteln gemanagt werden. Der Umschlag der Politik vom neuen Denken zum alten Handeln hat sich schleichend vollzogen, um plötzlich öffentlich zu werden. Sicherungen gegen solche Rückfälle gibt es, aber sie waren zu schwach.

VI

Der Bundestag befaßte sich mit der Golfkrise in dem Moment, als der UNO-Generalsekretär erklärte, daß die Chancen zu

5) Günther Gillissen, Mit faulen Ausreden, in: FAZ, 10. 1. 1991.

6) Zit. n. „Vestnik“, November 1990.

7) Siehe die Dokumentation im vorliegenden Heft.

einer politischen Lösung des Konflikts bei Null lägen⁸⁾). Die Bundesregierung hat zu spät zuwenig getan, um vermittelnd einzugreifen. Mehr noch: Die Entsendung der Bundeswehr-Fliegerstaffel in die Türkei - unter Umgehung des Parlaments - zeigt (bei wohlwollender Interpretation), daß den institutionellen Sicherungen, die vor einem Hineinschlittern in den Konflikt bewahren könnten, nicht allzu viel Vertrauen entgegengebracht werden darf.

Wo nachgefragt werden darf, gibt es solide Meinungsmehrheiten gegen einen Krieg am Golf, auch in der Bundesrepublik. Deutlich größer noch ist die Überzeugung, diesen ungewollten Krieg nicht verhindern zu können. Allenthalben sich machtlos fühlende Mehrheiten. . .

Überall wird Empörung kundgetan, werden Verweigerungen angekündigt, finden demonstrative Arbeitsniederlegungen, Mahnwachen und Friedensgebete statt - und es erfolgt die nachträgliche Diffamierung derjenigen, die nicht gefragt worden sind: „Vor allem hat die sogenannte ‚Friedenspartei‘ im Westen mit ihren erregten Demonstranten und ihren aufgeregten Diplomaten und Initiative-Anregern Saddam Hussein die Hoffnung gegeben, daß Amerika ihn schon nicht so heiß essen lassen werden, wie es kocht. Gerade die Vielfalt sinnloser diplomatischer Vorstöße brachte ihn zu der Annahme, daß der Westen einen Ausweg um jeden Preis suche. Was also zur Vermeidung des Krieges gedacht war, dürfte vielmehr die eigentümliche Ursache des Krieges sein, wenn er denn ausbricht.“⁹⁾

Diese Tage markieren einen tiefen Einschnitt (was selbst dann zutreffen würde, wenn das Wunder am Golf doch noch geschieht und ein an Litauen gerichtetes „Das haben wir nicht gewollt und wollen wir nicht“ alsbald eine andere Politik zur

Folge hätte): das Balancieren am Abgrund und Pilotversuche autoritärer „Lösungen“ - kaum etwas spricht mehr dafür, daß es dabei bleibt - geben Anlaß genug, jetzt Schlüsse zu ziehen.

Die politischen Führungen stellten in den Jahren des Übergangs die Fähigkeit zum Umdenken unter Beweis - lauter freundliche „Helden des Rückzugs“ (Hans Magnus Enzensberger). Darauf wurden sie aus den Augen gelassen. Die Spielregeln waren festgelegt, Grenzsituationen, in denen das politische Zentrum seinem gesellschaftlichen *counterpart* mit inakzeptabler Ignoranz begegnet, schienen gerade aufgrund der Umfeldbedingungen kaum mehr vorstellbar.

Die Formeln von der Politisierung des Alltags sind nicht falsch geworden. Die Hinweise auf die zivilen Tiefenströme der Gesellschaften stimmen. Und das Korrektiv Öffentlichkeit ist keine Fiktion. Nur: die Verbindung zwischen der Welt der Öffentlichkeit und jener der sich nach Kräften abschottenden geschäftsführenden Eliten funktioniert allenfalls mit Einschränkungen, wenn es nicht gelingt, in ganz grundlegenden Fragen auch nur ein Moratorium durchzusetzen. Grenzen müssen ganz offensichtlich neu gezogen werden.

Arthur Heinrich

8) Siehe Klaus Hartung, Reden am Vorabend, in: „die tageszeitung“, 15. 1. 1991.

9) Amir Taheri, Und am Tage danach?, in: „Die Welt“, 15. 1. 1991.